

# Amtsblatt

## der Europäischen Union

C 320

47. Jahrgang

Ausgabe  
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 24. Dezember 2004

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I <i>Mitteilungen</i>	
	<b>Rat</b>	
2004/C 320/01	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004-2007 .....	1
2004/C 320/02	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Estlands für den Zeitraum 2004-2008 .....	3
2004/C 320/03	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004-2007 .....	5
2004/C 320/04	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Lettlands für 2004 bis 2007	7
2004/C 320/05	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Litauens für 2004 bis 2007	9
2004/C 320/06	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004-2008 .....	11
2004/C 320/07	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004-2007 .....	13
2004/C 320/08	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004-2007 .....	15
2004/C 320/09	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004-2007 .....	17
2004/C 320/10	Stellungnahme des Rates vom 5. Juli 2004 zum Konvergenzprogramm der Slowakei für den Zeitraum 2004-2007 .....	19
2004/C 320/11	Hinweis .....	21

DE

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
<b>Kommission</b>		
2004/C 320/12	Euro-Wechselkurs .....	22
2004/C 320/13	Auszug aus Entscheidungen der Gemeinschaft über die Zulassung von Arzneimitteln vom 15. November 2004 bis 15. Dezember 2004 ( <i>Veröffentlichung gemäß Artikel 12 bzw. Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates</i> ) .....	23
2004/C 320/14	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3519 — Electra/ThyssenKrupp Fahrzeugguss) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall <sup>(1)</sup> .....	26
2004/C 320/15	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.3617 — BC PARTNERS/PICARD) <sup>(1)</sup> .....	27
2004/C 320/16	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.3606 — SIEMENS/BONUS ENERGY) <sup>(1)</sup> .....	27
2004/C 320/17	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.3640 — BLACKSTONE/GERRESHEIMER) <sup>(1)</sup> .....	28
2004/C 320/18	Mitteilung gemäß Artikel 12 Absatz 5 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 der Kommission vom 12. Oktober 1992 betreffend die Angaben der Zollbehörden der Mitgliedstaaten über die Einreihung von Waren in die zolltarifliche Nomenklatur .....	29
<hr/>		
<b>Berichtigungen</b>		
2004/C 320/19	Berichtigung der Aufforderung zur Bewerbung als unabhängige Sachverständige für das Programm eTEN (2005-2006) ( <i>ABl. C 283 vom 20.11.2004</i> ) .....	31
2004/C 320/20	Berichtigung der Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 90/396/EWG ( <i>ABl. C 306 vom 10.12.2004</i> ) .....	31



<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR

## I

(Mitteilungen)

## RAT

## STELLUNGNAHME DES RATES

vom 5. Juli 2004

zum Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004-2007

(2004/C 320/01)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (<sup>1</sup>), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Insbesondere muss die Qualität der ESG-95-Daten zu den Einnahmen und Ausgaben sowohl für die funktionalen Kategorien als auch für die Teilspektoren des Gesamtstaats weiter verbessert werden.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit allmählich von 12,9 % im Jahr 2003 (5,9 % des BIP ohne Berücksichtigung einer größeren Einzelmaßnahme im Zusammenhang mit zugewiesenen staatlichen Garantien) auf 3,3 % des BIP im Jahr 2007 zu senken. Im Programm wird ferner ausgeführt, dass der zum Defizitabbau vorgeschlagene Pfad zeigt, dass die Beseitigung des übermäßigen Defizits bis 2008 abgeschlossen sein wird. Dieses Ziel soll durch weitgehend in den Jahren 2003 und 2004 verabschiedete Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Im Programm wird davon ausgegangen, dass der Rückgang der gesamtstaatlichen Einnahmen im Verhältnis zum BIP durch die Senkung der gesamtstaatlichen Ausgabenquote mehr als ausgeglichen wird. Auf der Einnahmenseite stellt das Programm eine Verlagerung von der direkten zur indirekten Besteuerung dar. Auf der Ausgabenseite sieht das Programm Kürzungen bei Transferzahlungen und Subventionen sowie beim Staatsverbrauch vor. Im Programm ist eine leichte Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Investitionen im Verhältnis zum BIP geplant.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario geht von vorsichtigen Wachstumsannahmen aus, d. h. einem Wachstum von 2,8 % im Jahr 2004 und einer darauf folgenden Belebung bis hin zu 3,5 % im Jahr 2007. Dieses Szenario wird als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet. Die Projektionen für die Inflation erscheinen realistisch.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Das Programm sieht vor, dass das Defizit im Jahr 2007 auf 3,3 % des BIP gesenkt wird und anschließend weiter zurückgeht, und zwar mit folgenden Defizit-Zwischenzielen: 5,3 % des BIP für 2004, 4,7 % des BIP für 2005 und 3,8 % des BIP für 2006. In Anbetracht des zugrunde gelegten wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Anpassungspfad nicht sehr ehrgeizig, zumal grundlegende Reformen bei den Sozialausgaben fehlen. Die Risiken für die Haushaltsprojektionen können als in etwa ausgewogen betrachtet werden. Einerseits wird in dem vorsichtigen makroökonomischen Szenario davon ausgegangen, dass die Einnahmen höher als erwartet und die Ausgaben geringer als veranschlagt ausfallen könnten. Andererseits bleiben die Auswirkungen der zahlreichen gleichzeitigen Steueränderungen im Jahr 2004 auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure ungewiss. Darüber hinaus müssen wichtige Sparmassnahmen, insbesondere den öffentlichen Verbrauch betreffend, noch vereinbart werden. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs erscheint ausreichend, um das Defizit bis 2008 auf die Defizitschwelle von 3 % des BIP zu senken.

Die Schuldenquote erhöht sich im Programmzeitraum um 4,1 Prozentpunkte und wird 2007 bei 41,7 % des BIP liegen. Die Schuldenquote kann sich aufgrund möglicher Entwicklungen, die die Bestandsanpassung beeinflussen, ungünstiger als projiziert entwickeln.

In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit besteht für die Tschechische Republik das ernsthafte Risiko, dass die Bewältigung der Kosten der Bevölkerungsalterung zu Haushaltsungleichgewichten führt. Fortschritte zur Sicherung eines adäquaten Primärüberschusses sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine tragfähige Basis zu stellen. Darüber hinaus muss die auf einer allmählichen Konsolidierung im Laufe des Programmzeitraums basierende Haushaltsstrategie durch Maßnahmen ergänzt werden, mit denen der erwartete Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben unmittelbar angegangen wird, was eine umfassende Reform des Renten- und Gesundheitswesens einschließt.

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf der Grundlage von Empfehlungen der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in der Tschechischen Republik ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an die Tschechische Republik mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuhelpfen, wobei er bestimmte politische Maßnahmen anriet.

#### Wichtigste Projektionen des tschechischen Konvergenzprogramms

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,9	2,8	3,1	3,3	3,5
Beschäftigungswachstum (%)	- 0,7	- 0,8	- 0,3	0,0	0,1
HVPI-Inflation (%)	- 0,1	2,8	2,6	2,2	2,2
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 12,9	- 5,3	- 4,7	- 3,8	- 3,3
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	37,6	38,4	39,7	41,0	41,7

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 5. Juli 2004**  
**zum Konvergenzprogramm Estlands für den Zeitraum 2004-2008**

(2004/C 320/02)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission <sup>(2)</sup>,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Estlands geprüft, das den Zeitraum 2004 bis 2008 abdeckt. Das Programm entspricht inhaltlich weitgehend den Anforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Die dem Programm zu Grunde liegende Haushaltspolitik zielt weiterhin auf die Erhaltung gesunder öffentlicher Finanzen in Form eines nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalts ab. Nach einem Haushaltsüberschuss von 2,6 % des BIP im Jahr 2003 wird für 2004 daher ein leichter Überschuss von 0,7 % und ab 2005 ein ausgeglichener Haushalt angestrebt; damit einhergehen soll eine schrittweise Senkung der Ausgaben- und der Einnahmenquote, die 2004 aufgrund des EU-Beitritts angestiegen waren. Es wird davon ausgegangen, dass die öffentlichen Investitionen ebenfalls auf einem hohen Niveau bleiben; die Kommission geht für das Jahr 2004 von öffentlichen Investitionen in Höhe von 4,5 % des BIP und für 2005 von 4,3 % des BIP aus. Das Programm sieht insbesondere Reformen vor, die zu einer Senkung der direkten Steuern im Verbund mit einer Erhöhung der Transferleistungen und Steuerfreibeträge führen sollen. Finanziert werden sollen diese Reformen durch ein starkes Wachstum, eine verbesserte Steuererhebung, Einsparungen auf der Ausgabenseite und Veränderungen in der Ausgabenstruktur sowie durch höhere Einnahmen aus der Mehrwert- und Verbrauchsteuer. Der Schuldenstand ist mit 5,8 % des BIP im Jahr 2003 sehr niedrig und soll bis 2008 auf 3,2 % des BIP gesenkt werden.

Den verfügbaren Informationen zufolge scheint das dem Programm zu Grunde liegende makroökonomische Szenarium auf plausiblen Wachstumsprognosen für das BIP von 5 bis 6 % im gesamten Programmzeitraum zu beruhen. Hauptwachstumsfaktoren dürften die Inlandsnachfrage (um 7 % jährlich) sowie ein beschleunigter Anstieg der Exporte von bis zu 10 % jährlich sein. Beim privaten Verbrauch werden jährliche Wachstumsraten von 5 bis 6 % erwartet. Ferner wird weiterhin mit einer regen Investitionstätigkeit gerechnet, die zwar nicht mehr in einer Größenordnung von über 10 % liegt, wie dies in den letzten Jahren noch der Fall war, aber immerhin 7 bis 9 % pro Jahr beträgt. Die Prognose für die Entwicklung der Inflation, die nach einem Rekordtief von 1,3 % im Jahr 2003 von 2004 an auf circa 3 % ansteigen dürfte, erscheint ebenfalls realistisch. Das derzeit hohe Leistungsbilanzdefizit (13,7 % des BIP im Jahr 2003; 12,6 % nach neueren Angaben) soll den Erwartungen zufolge bis 2008 auf rund 8 % des BIP abgebaut werden, was immer noch recht hoch ist.

<sup>(1)</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, sind unter folgender Internet-Anschrift abrufbar:

[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

<sup>(2)</sup> ABl. C ... .

Die Risiken, mit denen die Projektionen für die Haushaltsentwicklung behaftet sind, scheinen mehr oder weniger ausgewogen zu sein. Einerseits hat Estland in den letzten Jahren erwiesenermaßen stets umsichtige Prognosen abgegeben und die finanzpolitischen Ziele stets übertroffen. Andererseits lassen sich unerwartete Einnahmeausfälle aufgrund der geplanten Steuersenkungen oder eine gegenläufige Wachstumsentwicklung aufgrund exogener Einflüsse nicht ganz ausschließen. Das mittelfristige Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, einer in etwa ausgeglichenen Haushaltsposition dürfte sich daher mit den geplanten haushaltspolitischen Maßnahmen wohl verwirklichen lassen; außerdem dürfte bei normalen Konjunkturschwankungen auch eine ausreichende Sicherheitsmarge bestehen, damit die Defizit-Marke von 3 % des BIP nicht überschritten wird. Allerdings könnte der rasche Abbau der Überschüsse von 2004 an in einer Zeit der Hochkonjunktur, wie in dem Programm anvisiert, eine andere prozyklische Finanzpolitik erfordern. Da ein hohes Zahlungsbilanzdefizit während des Programmzeitraums in Estland auch weiterhin der wichtigste Faktor des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts sein wird, sind eine strikte Haushaltsdisziplin und eine sorgfältige Überwachung des Wachstums der Kreditaufnahme umso wichtiger, um eine nachhaltige Korrektur dieses außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts sicherzustellen.

Mit weniger als 6 % des BIP gehört der Schuldenstand Estlands zu den niedrigsten in der EU und soll im Programmzeitraum noch um weitere 2,6 Prozentpunkte sinken. Der aktuelle Trend ist sogar noch günstiger als die Prognosen, nachdem die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kürzlich berichtigt wurde, wodurch das BIP-Niveau durchweg angehoben und damit auch der Nenner zur Berechnung der Schuldenstandquote größer wird.

Estland hat gute Aussichten, die prognostizierte Belastung des Staatshaushalts infolge der Überalterung der Bevölkerung aufzufangen. Eine niedrige Staatsverschuldung, relativ große Finanzreserven und eine mittelfristige Haushaltspolitik, die sich im Einklang befindet mit einer nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushaltsposition, in Verbindung mit den Reformen des Renten- und Gesundheitssystems, durch die die längerfristigen Haushaltsbelastungen eingedämmt werden sollen, dürften sicherstellen, dass die öffentlichen Finanzen weiterhin eine solide Grundlage haben.

#### Wichtigste Projektionen aus dem Konvergenzprogramm Estlands

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP-Wachstum (%) (*)	4,7	5,3	5,8	5,6	5,9	5,8
Beschäftigungswachstum (%)	1,5	0,9	0,7	0,3	0,2	0,2
HVPI-Inflation (%)	1,3	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP) (*)	2,6	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP) (*)	5,8	5,4	5,1	4,7	3,4	3,2

(\*) Bei diesen Prozentzahlen ist die Berichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom 20. Mai 2004 noch nicht berücksichtigt, die statistisch gesehen zu einem anhaltend höheren Niveau des BIP führte. Die Zahlen für 2003 werden wie folgt berichtigt: reales BIP-Wachstum 5,1 %, gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo 2,4 % des BIP, öffentlicher Bruttoschuldenstand 5,3 % des BIP.

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 5. Juli 2004**  
**zum Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004-2007**

(2004/C 320/03)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (<sup>1</sup>), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Zyperns für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Die dem Programm zugrunde liegende haushaltspolitische Strategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit von 6,3 % des BIP 2003 auf 2,9 % des BIP 2005 zurückzuführen, um das Maastrichter Defizit-Kriterium 2005 zu erfüllen, und das Defizit anschließend weiter auf 2,2 % des BIP 2006 und 1,6 % des BIP 2007 zu senken. Zu diesem Zweck sieht das Konvergenzprogramm die Erzielung eines wachsenden Primärüberschusses vor, der sich von projizierten -1,6 % des BIP 2004 auf 2 % des BIP 2007 erhöhen soll, sowie eine signifikante Umkehrung des Aufwärtstrends der Schuldenquote, die von 75,2 % des BIP 2004 bis zum Ende des Programmzeitraums auf unter 69 % des BIP gesenkt werden soll. Unterstützt wird dies durch ein überwiegend strukturelles Maßnahmenpaket, das etwa in gleichem Maße die Ausgaben eindämmen und die Einnahmen erhöhen soll. Die Maßnahmen werden überwiegend ab 2005 umgesetzt.

Das Programm konzentriert sich auf die Einnahmensteigerung und die Ausgabenkontrolle, bei der in der Vergangenheit die meisten Zielverfehlungen auftraten. Der im Programm dargelegte Anpassungspfad zeigt, dass sich die Regierung auf eine Verbesserung der öffentlichen Finanzen verpflichtet hat, da sie die Absicht hat, 2007 den Euro einzuführen. Vor allem aus diesem Grund konzentriert sich die Finanzkonsolidierung schwerpunktmäßig deutlich auf den Anfang des Programmzeitraums, um das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit 2005 um 2,3 Prozentpunkte des BIP zu senken. Angesichts der uneinheitlichen bisherigen Ergebnisse bei der Finanzkonsolidierung erscheint dies recht ehrgeizig und erfordert daher ein nachdrückliches Eintreten für die Umsetzung, wobei notfalls auch zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen wären.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario, wonach sich das reale BIP-Wachstum von 3,5 % 2004 auf 4,5 % 2007 beschleunigen soll, scheint plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Auch die Inflationsprognose scheint realistisch. Das Programm enthält vier verschiedene Szenarien für die makroökonomische und budgetäre Entwicklung: ein „mittleres“ Szenario, ein „oberes“ Szenario, ein „unteres“ Szenario und ein „Hochzins“-Szenario. Das „mittlere“ Szenario wird als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet, da es nach den derzeit verfügbaren Informationen plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln scheint.

Dem Programm zufolge soll das Defizit 2005 auf (unter) den Referenzwert von 3 % des BIP zurückgeführt werden und anschließend weiter sinken, doch stehen diese Ziele nicht im Einklang mit der Erreichung einer in etwa ausgeglichenen Haushaltsposition im Programmzeitraum.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Das Haushaltsergebnis könnte schlechter ausfallen als erwartet. Angesichts des Umfangs der Anpassung und der Konsolidierungsergebnisse Zyperns ist die Zielsetzung für 2005 von großer Unsicherheit geprägt. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs könnte sich als unzureichend erweisen, um das Defizit 2005 auf (unter) die Defizit-Marke von 3 % des BIP zu senken. Er bietet möglicherweise auch keine ausreichende Sicherheitsmarge, um eine Überschreitung der Defizitmarke bei normalen Konjunkturschwankungen zu verhindern.

In dem Programm erreicht die Schuldenquote 2004 mit 75,2 % ihren Höchststand und geht anschließend um nahezu 7 Prozentpunkte auf 68,4 % des BIP 2007 zurück. Ausschlaggebend für diesen kräftigen Rückgang sind vor allem zunehmend positive Primärsalden und ein nominales BIP-Wachstum, das über den Zinszahlungen für die Staatsschulden im Zeitraum 2005-2007 liegt. Angesichts der vorerwähnten Risiken für die Defizitergebnisse könnte sich die Schuldenquote ungünstiger entwickeln als projiziert.

Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so besteht für Zypern das Risiko, dass die öffentlichen Finanzen durch die Kosten der Bevölkerungsalterung aus dem Gleichgewicht geraten. Während die Gesundheitsreform 2006 umgesetzt werden soll, befinden sich die Maßnahmen zur Reform des Rentensystems noch im Anfangsstadium. Eine rechtzeitige und effiziente Umsetzung dieser Reformen und der zur Sicherung eines ausreichenden Primärüberschusses erforderlichen sonstigen Maßnahmen ist unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Zypern ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an Zypern mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuwehren, wobei er Zypern ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

#### Wichtigste Projektionen aus dem zyprischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,0	3,5	4,3	4,4	4,5
Beschäftigungswachstum (%)	0,9	1,0	1,0	2,0	3,0
VPI-Inflation (%)	4,1	2,0	2,0	2,0	2,0
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 6,3	- 5,2	- 2,9	- 2,2	- 1,6
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	72,6	75,2	74,8	71,5	68,4

**STELLUNGNAHME DES RATES****vom 5. Juli 2004****zum Konvergenzprogramm Lettlands für 2004 bis 2007**

(2004/C 320/04)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (<sup>1</sup>), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das lettische Konvergenzprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise dem geänderten „Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Insbesondere entsprechen einige Daten noch nicht vollständig den Normen des ESGV-95, und die Zahlen für den Schuldenstand und das Defizit des Gesamtstaats sind nur bedingt aussagekräftig, da die im Rahmen der Meldung der Haushaltsdaten vom März 2004 eingereichten Zahlen nicht von Eurostat bestätigt wurden.

Mit der haushaltspolitischen Strategie des Programms sollen die vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich gesamtstaatlicher Defizite erfüllt und das Defizit schließlich langfristig in Richtung eines ausgeglichenen Haushaltssaldos abgebaut werden. Im Programmzeitraum wird jedoch mit einem Defizit von weiterhin etwa 2 % des BIP gerechnet, das 2004 gegenüber 2003 aufgrund der Verschlechterung des zentralstaatlichen Haushaltssaldos leicht zunimmt. Im Programm wird von einem Primärdefizit in der Größenordnung von 1 % des BIP ausgegangen, das mit einer leichten Abnahme sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenquote im Programmzeitraum konsistent sein soll. Auf der Einnahmenseite wird dies insbesondere für die Jahre 2006 und 2007 nicht vollständig erklärt, da nach den Steuersenkungen des Jahres 2004 keine weiteren Änderungen geplant sind und im Programmzeitraum mit einer effizienteren Steuererhebung gerechnet wird. Auf der Ausgabenseite soll dies durch eine strikte Ausgabenkontrolle mit Schwerpunkt auf einem Abbau der Transfers bei zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der NATO-Mitgliedschaft und der Umsetzung der von der EU teilfinanzierten Ausgabenpläne realisiert werden. Die beiden letztgenannten Ausgabenposten machen netto etwa 0,7 Prozentpunkte des BIP aus. Die Schuldenquote steigt 2007 zwar auf 17,7 %, bleibt aber dennoch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Dem makroökonomischen Szenario des Programms liegen relativ optimistische Wachstumsannahmen zugrunde. Insbesondere dürfte die in dem Programm projizierte mittelfristige Wachstumsentwicklung aufgrund struktureller Einschränkungen und der Empfindlichkeit der Volkswirtschaft gegenüber externen Schocks relativ optimistisch sein. Die Inflation wird 2004 wahrscheinlich über dem Prognosewert liegen, aber in den Folgejahren scheinen die Inflationsprognosen realistisch.

Die Programmziele für das gesamtstaatliche Defizit liegen jedes Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP. Das Konsolidierungstempo ist jedoch eher langsam und die Programmziele stehen nicht im Einklang mit einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition während des Programmzeitraums. Die Risiken für das Haushaltsergebnis sind im Großen und Ganzen ausgewogen. Die oben erwähnte möglicherweise optimistische Wachstumsprognose stellt ein Risiko für die geplanten Haushaltsziele dar, und das Vertrauen in das Programm wird durch Belege für eine schlechte Datenqualität beeinträchtigt. Dem ist der offensichtliche Pessimismus bei den Einnahmeprognozen, insbesondere in den späteren Programmjahren entgegenzusetzen. Der haushaltspolitische Kurs des Programms bietet bei normalen Konjunkturschwankungen keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitwerts von 3 % des BIP.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in dieser Empfehlung verwiesen wird, befinden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Falls sich die in dem Programm projizierten Wachstumsraten tatsächlich einstellen, wird Lettland in Anbetracht dieser Bewertung empfohlen, Fortschritte auf dem Weg zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu machen, insbesondere vor dem Hintergrund seines derzeitigen Leistungsbilanzdefizits und des von der Binnennachfrage ausgehenden Drucks. Ferner wird Lettland dringend dazu aufgefordert, die Zuverlässigkeit und Robustheit der Quelldaten und verwendeten Methodologien zu verbessern, um eine bessere Einhaltung der Normen des ESGV-95 zu gewährleisten. Schließlich werden die lettischen Behörden ermutigt, die Reform des öffentlichen Sektors mit dem Ziel besserer administrativer Leistungsfähigkeit fortzusetzen und so die Effizienz der Steuererhebung zu verbessern und die Ausgabenkontrolle zu intensivieren.

Lettland befindet sich in einer relativ guten Ausgangsposition, um die mit einer alternden Bevölkerung zusammenhängenden Haushaltsbelastungen zu tragen. Die Aussichten für eine langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wurden durch die Umsetzung einer dreiteiligen Rentenreform verbessert. Diese wird durch das sehr niedrige Niveau des gesamtstaatlichen Schuldenstands noch verstärkt. Das Risiko langfristiger Haushaltsungleichgewichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die zeitige Umsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung altersbedingter Ausgaben ist zusammen mit einer fiskalischen Konsolidierung zur Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses von wesentlicher Bedeutung, um zu gewährleisten, dass die öffentlichen Finanzen auf einer tragfähigen Grundlage stehen.

#### Wichtigste Projektionen aus dem lettischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	7,5	6,7	6,7	6,5	6,5
Beschäftigungswachstum (%)	1,8	1,0	1,0	0,5	0,5
HVPI-Inflation (%)	2,9	4,5	3,7	3,0	3,0
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 1,8	- 2,1	- 2,2	- 2,0	- 2,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	15,3	16,2	16,8	17,3	17,7

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 5. Juli 2004**  
**zum Konvergenzprogramm Litauens für 2004 bis 2007**

(2004/C 320/05)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das litauische Konvergenzprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend dem geänderten „Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Mit der dem Programm zugrunde liegenden haushaltspolitischen Strategie wird „durch die erfolgreiche Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele die Heranführung an einen im Konjunkturzyklus ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt“ angestrebt; diese Strategie kommt in den Defizitziele des Programms jedoch nicht vollständig zum Ausdruck. Insbesondere ist in dem Programm zwischen 2003 und 2007 ein Defizitabbau von nur 0,2 Prozentpunkten vorgesehen, da für 2007 mit einem Defizit von 1,5 % des BIP gerechnet wird. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zum BIP zurückzuführen. Der während des Programmzeitraums erwartete Anstieg der Einnahmenquote wird auf 2 Prozentpunkte geschätzt und ist vor allem auf eine beträchtliche Zunahme der nichtsteuerlichen Einnahmen im Zusammenhang mit den EU-Finanzhilfen zurückzuführen. Trotz der für 2005 geplanten Abschaffung der Straßensteuer, die sich in Steuermindereinnahmen in Höhe von voraussichtlich 0,5 % niederschlägt, wird im gleichen Jahr mit einem Anstieg der Steuereinnahmen um 0,4 Prozentpunkte des BIP gerechnet. Nach einer beträchtlichen Senkung der Ausgabenquote in den letzten fünf Jahren wird im Betrachtungszeitraum mit einem Anstieg der Quote um 1,8 Prozentpunkte gerechnet, der sich vollständig auf die Zunahme der Primärausgaben zurückführen lässt, welche durch die erwartete rückläufige Entwicklung der Zinszahlungen nur geringfügig kompensiert werden dürften. Für den Anstieg der Primärausgaben wird vor allem der erwartete Anstieg „anderer Ausgaben“ um 0,9 % des BIP verantwortlich gemacht. Dieser resultiert in erster Linie aus den Beiträgen zum EU-Haushalt und der erwarteten Zunahme der Transferleistungen und Subventionen um 0,7 % des BIP, die vor allem mit den Subventionserhöhungen zugunsten der Landwirte, den Erstattungen für Verluste in Rubel angelegter Ersparnisse, den Rückerstattungsplänen für Grundstücke und der Rentenreform zusammenhängt. Die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen sollen in den ersten beiden Programmjahren eine beträchtliche Zunahme um 1 % des BIP erfahren, 2007 jedoch auf etwa 3,1 % des BIP zurückfallen und so weiterhin rund 0,2 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau von 2003 liegen.

Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario spiegelt offenbar recht optimistische Wachstumserwartungen wider. Insbesondere erscheint die für 2005 projizierte Wachstumsrate, die im Wirtschaftsprogramm zur Beitrittsvorbereitung von 2003 mit 6,5 % angesetzt und im Konvergenzprogramm auf 7,3 % nach oben korrigiert wurde, eher hoch angesetzt. Die in dem Programm projizierte mittelfristige Wachstumsentwicklung erscheint zwar im Vergleich zu den ersten Programmjahren vorsichtiger, jedoch immer noch relativ optimistisch. Die Inflationsprognosen erscheinen realistisch.

<sup>(1)</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Die Programmziele für das gesamtstaatliche Defizit liegen in jedem Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP. Sie sind jedoch mit einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition während des Programmzeitraums nicht vereinbar. Überdies bietet der haushaltspolitische Kurs des Programms zumindest in den ersten Programmjahren bei normalen Konjunkturschwankungen keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitgrenzwertes von 3 % des BIP. Das Haushaltsergebnis könnte hinter den Erwartungen zurückbleiben. Insbesondere gefährden die oben erwähnten makroökonomischen Risiken und die Erfahrungen mit Ausgabenüberschreitungen bei über den Erwartungen liegenden Einnahmenergebnissen das Erreichen der geplanten Haushaltsziele.

Falls sich die in dem Programm projizierten Wachstumsraten tatsächlich einstellen, wird Litauen in Anbetracht dieser Beurteilung empfohlen, weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu machen, insbesondere vor dem Hintergrund seines gegenwärtigen Leistungsbilanzdefizits und des von der Binnennachfrage ausgehenden Drucks. Ferner wird Litauen dringend nahe gelegt, den Haushaltsplan streng umzusetzen, um 2004 das Risiko eines Überschreitens des Referenzwerts von 3 % zu verringern. Schließlich werden die litauischen Behörden dazu ermutigt, etwaige Mehreinnahmen zum Defizitabbau einzusetzen.

Litauen befindet sich in einer relativ guten Ausgangslage, um die mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden Haushaltsbelastungen zu tragen, auch wenn langfristig einige Risiken entstehen können. Eine Reihe von Maßnahmen zielt auf eine Verbesserung des Altersabhängigkeitsquotienten und die Modernisierung der Renten- und Gesundheitssysteme ab, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern. Dennoch bestehen Risiken aufgrund der kurzfristigen Kosten der Renten- und Gesundheitsreformen und der ausstehenden Eventualverbindlichkeiten. Die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses ist zentral, um die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.

#### Wichtigste Projektionen aus dem litauischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	9,0	7,0	7,3	6,6	6,3
Beschäftigungswachstum (%)	2,0	0,7	1,0	0,2	0,2
HVPI-Inflation (%)	- 1,2	0,9	2,0	2,1	2,5
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 1,8	- 1,5
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	21,5	22,4	22,2	21,4	21,0

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 5. Juli 2004**  
**zum Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004-2008**

(2004/C 320/06)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004 bis 2008 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodex für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das gesamtstaatliche Defizit bis 2008 unter 3 % des BIP zu senken, während gleichzeitig der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtwirtschaft verringert wird. Zu diesem Zweck sieht das Programm eine Konsolidierung mit Schwerpunkt auf dem ersten Programmjahr vor, wobei das Defizit von 5,9 % des BIP 2003 auf 4,6 % des BIP 2004 und anschließend um jährlich rund ½ Prozentpunkt des BIP gesenkt werden soll (4,1 % des BIP im Jahr 2005, 3,6 % im Jahr 2006, 3,1 % im Jahr 2007 und 2,7 % des BIP im Jahr 2008). Bei diesen Zielwerten wurden die Auswirkungen der Rentenreform mit einem Anstieg von 0,7 % des BIP im Jahr 2003 auf 0,9 % im Jahr 2008 bereits berücksichtigt. Die Konsolidierung beruht auf den Ausgaben, unterstützt durch Strukturformen, insbesondere in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Gesundheit und Bildung. Die Reformen müssen jedoch noch spezifiziert und umgesetzt werden. Der Rückgang der Gesamtausgabenquote, unterstützt durch EU-Mittel, würde eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP ermöglichen. Gleichzeitig soll die Gesamtabgabenbelastung von 39 % des BIP auf 37 % des BIP gesenkt werden.

Das Programm enthält zwei unterschiedliche Szenarien für die makroökonomischen und budgetären Projektionen: ein „Basisszenario“ und ein „optimistischeres“ Szenario. Das Basisszenario sollte als Referenzszenario für die Bewertung der Haushaltsprojektionen betrachtet werden, da es mit einem realen BIP-Wachstum von rund 3 ½-4 % in den Jahren 2004 und 2005 die plausibleren Wachstumsannahmen widerspiegelt, gefolgt von einer etwas optimistischen Projektion des Anstiegs der Wachstumsrate um alljährlich rund ½ Prozentpunkt bis 2008. Die Projektion eines raschen Inflationsrückgangs nach 2004, wenn die Erhöhungen der indirekten Steuern auslaufen, scheint weitgehend realistisch, sofern sich der Reallohnanstieg erheblich abschwächt und somit der Produktivität entspricht.

Das Programm sieht vor, dass das gesamtstaatliche Defizit erst 2008 unter den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt wird. Der im Programm vorgesehene Defizitabbau scheint erreichbar. Anlass zur Besorgnis gibt jedoch der Umstand, dass das Defizit laut Planung erst im Jahr 2008 auf unter 3 % des BIP gesenkt werden soll, und auch dann nur sehr geringfügig, und dass die Anpassung zu einem wesentlichen Teil auf eine Verringerung der Zinsbelastung zurückzuführen sein wird. Risiken für das Haushaltsergebnis bestehen aufgrund der Möglichkeit, dass das Wachstum hinter den Vorhersagen zurückbleiben könnte, aufgrund der früheren Erfahrungen mit Ausgabenüberschreitungen und der fehlenden Informationen über die in den späteren Programmjahren geplanten ausgaben senkenden Maßnahmen. Die Glaubwürdigkeit der Anpassungsstrategie hängt entscheidend davon ab, dass die schwerpunktmäßige Konsolidierung im ersten Programmjahr tatsächlich erreicht wird; die Verfehlung dieses Ziels würde den gesamten Anpassungspfad gefährden. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs könnte sich daher als unzureichend erweisen, um das Defizit bis zum Ende der Programmperiode auf die Defizit-Marke von unter 3 % des BIP zu senken, und jede Gelegenheit sollte genutzt werden, um eine nachhaltige Finanzanpassung zu beschleunigen. Gleichzeitig spiegeln die projizierten Haushaltssalden in erheblichem Maße die Umsetzung eines intensiven öffentlichen Investitionsprogramms wider, mit dem die öffentlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP von 4,0 % des BIP im Jahr 2004 auf 5,5 % des BIP im Jahr 2008 erhöht werden sollen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Nach einem Höchststand von nahezu 60 % des BIP im Jahr 2004 soll die Schuldenquote dem Programm zufolge auf 54 % des BIP im Jahr 2008 sinken. Dies entspräche der geplanten Haushaltsanpassung, würde aber auch durch eine projizierte abnehmende Zinsbelastung und negative Bestandsanpassungen begünstigt. Dies erscheint zwar plausibel, doch könnte die positive Entwicklung durch einen langsameren Rückgang der Zinssätze gefährdet werden.

Was die langfristige Tragfähigkeit betrifft, so besteht für Ungarn ein gewisses Risiko, dass die Bewältigung der projizierten Kosten der Bevölkerungsalterung zu budgetären Ungleichgewichten führt. Die Rentenreform aus dem Jahr 1998, mit der ein progressives Dreisäulensystem eingeführt wurde — und die unter anderem eine Änderung der Parameter des Umlagesystems umfasste, z. B. Anhebung des Rentenalters und Rentenindexierung —, hat die Risiken langfristiger Haushaltsungleichgewichte zwar vermindert, aber nicht vollständig ausgeräumt. Die Sicherung eines adäquaten Primärüberschusses auf mittlere Sicht und die Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Eindämmung der alterungsbedingten Ausgaben, insbesondere im Gesundheitswesen, sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Ungarn ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 Empfehlungen an Ungarn mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuwehren, wobei er Ungarn ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

#### Wichtigste Projektionen aus dem ungarischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP-Wachstum (%)	2,9	3,3-3,5	3,5-4	ca.4	4-4,5	4,5-5
Beschäftigungswachstum (%)	1,0	0-0,5	0,5-1	ca.1	ca.1	ca.1,5
HVPI-Inflation (%)	4,7	ca.6,5	ca.4,5	ca.4	ca.3,5	ca.3
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 5,9	- 4,6	- 4,1	- 3,6	- 3,1	- 2,7
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	59,1	59,4	57,9	56,8	55,6	53,7

**STELLUNGNAHME DES RATES****vom 5. Juli 2004****zum Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004-2007**

(2004/C 320/07)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Der Rat hat am 5. Juli 2004 das Konvergenzprogramm Maltas für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur teilweise den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Insbesondere die BIP-Daten und die Daten der BIP-Komponenten entsprechen noch nicht in vollem Umfang dem ESVG-95. Das erschwert die Vergleichbarkeit verschiedener Programmteile.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf die Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits auf unter 3 % des BIP bereits 2006 ab, wobei folgende Zwischenziele vorgesehen sind: 5,2 % des BIP 2004, 3,7 % des BIP 2005 und 2,3 % des BIP 2006, bis schließlich 1,4 % am Ende des Programmzeitraums erreicht sind. Das Programm geht von einer deutlichen Verbesserung des Primärsaldos aus, der sich von einem Defizit von 1,4 % des BIP im Jahr 2004 in einen Überschuss von 2,2 % im Jahr 2007 umkehren soll. Parallel dazu projiziert das Programm die Umkehr des Aufwärtstrends der Schuldenquote im Jahr 2005; sie dürfte am Ende des Programmzeitraums bei 70,4 % liegen.

Der Haushaltsstrategie liegt ein Maßnahmenpaket zugrunde, das auf die Kontrolle und Rationalisierung der Ausgaben und auf der Einnahmenseite auf die Verhinderung der Steuerhinterziehung zielt. Die Auswirkungen der zur Erreichung der Ziele erforderlichen politischen Maßnahmen werden im Programm nicht in vollem Umfang quantifiziert. Auf der Ausgabenseite wird davon ausgegangen, dass die laufenden Ausgaben durch die Eindämmung des Anstiegs der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor und anderer laufender Ausgaben, durch die Umstrukturierung öffentlicher Unternehmen und die schrittweise Einstellung der Subventionen für die Schiffbauindustrie um 3 Prozentpunkte des BIP zurückgeführt werden. Die Kapitalausgaben dürften ebenfalls um mehr als 2,5 Prozentpunkte des BIP im Programmzeitraum zurückgehen, da derzeit noch laufende Einmalprojekte kurz vom dem Abschluss stehen. Die öffentlichen Investitionen hingegen werden weiterhin mehr als 4 % des BIP ausmachen.

Ausgehend von den derzeit verfügbaren Informationen scheint das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln. Allerdings ist es aufgrund einer möglichen Überschätzung des nominalen BIP nach ESVG-95 und externer Belastungen, denen die maltesische Wirtschaft ausgesetzt ist, mit einem gewissen Grad an Unsicherheit behaftet.

Obwohl das Programm vorsieht, dass das Defizit im Jahr 2006 unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückgeführt werden und danach weiter zurückgehen soll, könnten diese Ziele mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt während des Programmzeitraums unvereinbar sein.

Der Konsolidierungspfad sieht eine drastische Verringerung des Defizits vor, die dank des Handlungsspielraums, der sich durch die Beendigung einiger Investitionsprojekte ergibt, erreichbar scheint. Dennoch erfordert die Einhaltung dieses Konsolidierungspfades ein nachdrückliches Engagement der maltesischen Regierung. Darüber hinaus beinhaltet die jüngste Korrektur der realen BIP-Wachstumswahlen für 2003 möglicherweise einige Abwärtsrisiken.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Es ist daher möglich, dass der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs nicht ausreicht, um das Defizit bis 2006 unter den Schwellenwert von 3 % des BIP zu senken. Hinzu kommt, dass die Entwicklung des Schuldenstands aufgrund der Abwärtsrisiken wahrscheinlich weniger günstig sein wird als geplant.

Was die langfristige Tragfähigkeit betrifft, so besteht für Malta das Risiko, dass die öffentlichen Finanzen aufgrund der projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung aus dem Gleichgewicht geraten. Die Sicherung eines ausreichenden Primärüberschusses auf mittlere Sicht und die Durchführung weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des Anstiegs der alterungsbedingten Kosten, insbesondere im Gesundheitswesen, sind unerlässlich, um die öffentlichen Finanzen auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen.

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags entschieden, dass in Malta ein übermäßiges Defizit besteht und gemäß Artikel 104 Absatz 7 Empfehlungen an Malta mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuweichen, wobei er Malta ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik angeriet.

#### Wichtigste Projektionen des Konvergenzprogramms Malta

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	- 1,7	1,1	1,7	2,1	2,1
Beschäftigungswachstum (%)	- 0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
EPI-Inflation (%)	1,3	3,4	2,1	2,1	2,1
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 9,7	- 5,2	- 3,7	- 2,3	- 1,4
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	72,0	72,1	72,4	70,5	70,4

**STELLUNGNAHME DES RATES****vom 5. Juli 2004****zum Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004-2007**

(2004/C 320/08)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Polens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht nur zum Teil den Erfordernissen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“ sowie der ESVG 95-Standards.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf die Senkung des gesamtstaatlichen Defizits unter die 3 %-Marke des BIP bis 2007 (mit folgenden Zwischenjahreszielen: 5,7 % des BIP für 2004, 4,2 % des BIP für 2005, 3,3 % des BIP für 2006 und 1,5 % des BIP für 2007) sowie auf die Beibehaltung der Schuldenquote unter 60 % ab. Zu diesem Zweck umfasst das Programm ein umfangreiches Maßnahmenpaket (den so genannten „Hausner-Plan“), das von der Regierung im Januar 2004 gutgeheißen wurde und nach vollständiger Umsetzung zu einer kumulativen Korrektur des Defizits um 5,3 % des BIP aufgrund zusätzlicher Einnahmen und Ersparnisse bei den Ausgaben für den Zeitraum 2005-2007 führen dürfte (3,3 % des BIP im sozialen Bereich und 2 % des BIP bei der öffentlichen Verwaltung und staatlichen Unternehmen). Die Erreichung der Defizit-Ziele hängt zudem von dem projizierten hohen Wachstum während des Programm-Zeitraums ab.

Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen scheint das makroökonomische Szenario, auf das sich das Programm stützt, eher günstige Wachstumsprognosen widerzuspiegeln. Wenn die Wachstumsprognose von 5 % für 2004 und 2005 auch plausibel erscheint und 2004 sogar übertroffen werden könnte, scheint die Entwicklung des Wachstums auf mittlere Sicht, so wie sie im Programm projiziert wird, d. h. eine Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 5,6 % in den Jahren 2006 und 2007, von eher günstigen Annahmen in Bezug auf privaten Verbrauch und Investitionen auszugehen. Folglich sind die vollständige Umsetzung des Hausner-Plans und die damit einhergehende Zerstreuung der Steuerunsicherheiten von ausschlaggebender Bedeutung, will man den projizierten Wachstumszuwachs wirklich erreichen. Die Inflations-Prognose scheint hingegen weitgehend realistisch zu sein.

Das Programm sieht vor, das Defizit bis 2007 unter die 3 % des BIP-Referenzwertes zurückzuführen. Die Programmziele sind mit mehreren Risiken behaftet. Neben dem oben genannten negativen makroökonomischen Risiken besteht auch Unsicherheit bezüglich der Umsetzung der geplanten Maßnahmen, wobei die geplante Anpassung nicht nur bereits stark auf die späteren Jahre verlagert ist, sondern auch nicht gänzlich im Einklang mit dem Hausner-Plan steht. Infolge der jüngsten Eurostat-Entscheidung über die Einstufung der kapitalgedeckten Pensionsfonds sind die geplanten Defizitzahlen u. U. um 1,6 Prozentpunkte des BIP nach oben zu revidieren. Deshalb dürfte die haushaltspolitische Haltung im Programm nicht ausreichen, um das Defizit unter die 3 %-Marke des BIP während des Programmzeitraums zu führen.

Im Programm wird davon ausgegangen, dass die Schuldenquote um 7 Prozentpunkte des BIP während des Zeitraums 2003-2007 steigt, wobei der Anstieg erst im letzten geplanten Jahr zum Stillstand kommt. Die Entwicklung der Schuldenquote dürfte indes ungünstiger ausfallen als projiziert, und zwar aufgrund der zuvor genannten Risiken in Bezug auf die Defizitergebnisse und der beträchtlichen Unsicherheiten hinsichtlich der Realisierung der geplanten Privatisierungserträge.

<sup>(1)</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die in diesem Text genannten Dokumente sind auf der folgenden Website abrufbar: [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so könnte es in Polen zu Haushaltsungleichgewichten kommen, wenn die projizierten Kosten der Alterung der Bevölkerung tatsächlich eintreten werden. Die Rentenreform aus dem Jahr 1999, mit der ein progressives Dreisäulensystem eingeführt wurde — und die unter anderem eine Änderung der Parameter des Umlagesystems umfasste, z. B. eine Einschränkung von Möglichkeiten zum vorzeitigen Ruhestand — hat die Risiken langfristiger Haushaltsungleichgewichte zwar vermindert, aber nicht vollständig ausgeräumt. Die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses auf mittlere Sicht zusammen mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung des Defizits im Altersversorgungssystem und zur Begrenzung der Übernahme von Schulden der staatlichen Unternehmen und des Gesundheitssystems sowie Strukturreformen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung sind unabdingbar, will man die öffentlichen Finanzen auf eine gesunde Grundlage stellen.

Am 5. Juli 2004 entschied der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags, dass in Polen ein übermäßiges Defizit besteht, und richtete gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an Polen mit dem Ziel, dieser Lage abzuwehren, wobei er Polen ein bestimmtes Vorgehen für seine weitere Politik anriet.

#### Wichtigste Projektionen im Konvergenzprogramm Polens

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	3,7	5,0	5,0	5,6	5,6
Beschäftigungswachstum (%)	- 2,3	- 0,2	1,0	1,8	2,5
HVPI- Inflation (%)	0,8	2,2	2,8	< 3	< 3
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 4,1	- 5,7	- 4,2	- 3,3	- 1,5
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	45,3	49,0	51,9	52,7	52,3

**STELLUNGNAHME DES RATES**  
**vom 5. Juli 2004**  
**zum Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004-2007**

(2004/C 320/09)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (<sup>1</sup>), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodex zu Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Mit der dem Programm zugrunde liegenden haushaltspolitischen Strategie werden solide öffentliche Finanzen angestrebt, wie sie durch eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition definiert werden. Zu diesem Zweck ist in dem Programm ein schrittweiser Abbau des gesamtstaatlichen Defizits während des Programmzeitraums vorgesehen, der mit einer Senkung sowohl der Einnahmenquote als auch der Primärausgabenquote im Einklang steht, wobei letzteres über eine Kürzung der obligatorischen Ausgaben erfolgen soll. Das Defizit wird sich diesem Anpassungspfad folgend in den nächsten vier Jahren halbieren und 2007 knapp unter 1 % liegen. Während die Politik auf einen allmählichen Abbau des strukturellen Defizits ausgerichtet wird, werden die Behörden die automatischen fiskalischen Stabilisatoren bei ungünstigen Wirtschaftsbedingungen — wenn auch eingeschränkt — wirken lassen.

Das dem Programm nach 2005 zugrunde liegende makroökonomische Szenario scheint plausible Wachstumsannahmen zu enthalten, in denen ein knapp über dem Potenzial liegendes Wachstum prognostiziert wird. Doch sind die Wachstumsannahmen für 2004 relativ optimistisch. Die Inflationsprojektionen scheinen 2004 eher im unteren Bereich der momentanen Schätzwerte zu liegen, doch sind sie für den folgenden Zeitraum realistisch, falls die wirtschaftspolitische Koordinierung weiterhin auf eine dauerhafte Inflationsenkung ausgerichtet wird.

Bei einem leichten Anstieg auf 1,9 % des BIP 2004 und der folgenden allmählichen Rückführung auf 0,9 % des BIP bis 2007 wird damit gerechnet, dass das gesamtstaatliche Defizit jedes Jahr unter dem Referenzwert von 3 % des BIP liegen wird. Die in dem Programm dargelegten haushaltspolitischen Ziele reichen nicht aus, um das mittelfristige Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu erreichen; das Tempo der Finanzkonsolidierung ist relativ moderat, eine Annäherung an dieses mittelfristige Ziel würde erst gegen Ende des Programmzeitraums erreicht. Ferner könnte das Haushaltsergebnis insbesondere aufgrund der makroökonomischen Risiken im Zusammenhang mit der oben erwähnten optimistischen Wachstumsprognose für 2004 hinter den Erwartungen zurückbleiben. Darüber hinaus wird die Finanzkonsolidierung auf die späteren Jahre verlagert. Daher bietet die haushaltspolitische Strategie des Programms bei normalen Konjunkturschwankungen insbesondere in den Anfangsjahren des Programmzeitraums möglicherweise keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten des Defizitgrenzwertes von 3 % des BIP.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Der staatliche Bruttoschuldenstand ist relativ gering und wird auch künftig auf niedrigem Niveau bleiben. Nach einem Anstieg der Schuldenquote im Verhältnis zum BIP auf 29,5 % 2005 wird 2007 mit ihrer erneuten Rückführung auf 28,4 % des BIP gerechnet. Was die langfristige Tragfähigkeit anbelangt, so ist Slowenien bei der Bewältigung der mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden Kosten der Gefahr von Haushaltsungleichgewichten ausgesetzt. Eine gewissenhafte Umsetzung der Rentenreform und der Aufbau eines stabilen Gesundheitssystems sowie die Gewährleistung eines angemessenen Primärüberschusses sind entscheidend, um die öffentlichen Finanzen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

**Wichtigste Projektionen des slowenischen Konvergenzprogramms**

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	2,3	3,6	3,7	3,8	3,9
Beschäftigungswachstum (%)	- 0,2	0,4	0,6	0,6	0,7
HVPI-Inflation (%)	5,7	3,3	3,0	2,7	2,6
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 1,8	- 1,9	- 1,8	- 1,5	- 0,9
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	28,6	29,1	29,5	29,4	28,4

**STELLUNGNAHME DES RATES****vom 5. Juli 2004****zum Konvergenzprogramm der Slowakei für den Zeitraum 2004-2007**

(2004/C 320/10)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses —

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am 5. Juli 2004 hat der Rat das Konvergenzprogramm der Slowakei geprüft, das sich auf den Zeitraum 2004 bis 2007 bezieht und darüber hinaus erste Projektionen bis zum Jahr 2010 enthält. Das Programm entspricht weitgehend den Datenanforderungen des geänderten „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“.

Die dem Programm zugrunde liegende Haushaltsstrategie zielt auf eine Senkung des gesamtstaatlichen Defizits von 3,6 % des BIP 2003 auf 3,0 % des BIP im Jahr 2007 ab, um das Maastrichter Defizitkriterium zu erfüllen, wobei folgende Defizit-Zwischenziele vorgesehen sind: 4,0 % des BIP 2004, 3,9 % des BIP 2005 und 3,9 % des BIP 2006. Der Defizitabbau soll vor allem 2007 erfolgen.

Das Programm sieht eine Anpassung aufgrund von Primärausgabensenkungen um 1,5 Prozentpunkte des BIP vor. Diese Ausgabensenkungen werden weitgehend durch Strukturreformen, vor allem im Gesundheitswesen und im Sozialschutzsystem, unterstützt, die überwiegend bereits in Kraft gesetzt wurden. Die Reformen auf der Ausgabenseite erfolgen vor dem Hintergrund eines weit reichenden, voraussichtlich mehr oder weniger aufkommensneutralen Steuerreformpakets (das seit Anfang 2004 in Kraft ist); die Steuerreformen stellen im Wesentlichen eine Verlagerung der Steuerlast von der direkten hin zur indirekten Besteuerung dar. Außerdem wird 2005 eine kapitalgedeckte Rentensystemsäule eingeführt, was zu Einnahmehinbußen für den Gesamtstaat führt, die sich 2005 zunächst auf schätzungsweise ½ Prozentpunkt des BIP und bis zum Ende des Programmzeitraums auf 1 Prozentpunkt des BIP belaufen werden.

Nach derzeit verfügbaren Informationen scheint das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario plausible Wachstumsannahmen widerzuspiegeln, d. h. ein Wachstum von gut 4 % 2004 und 2005 und eine Wachstumsbeschleunigung auf fast 5 % 2006 und 2007 — aufgrund einer weiteren Festigung der Exporte dank einer FDI-induzierten Ausweitung der Exportkapazität. Der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit wird angesichts der noch immer sehr hohen Arbeitslosenquote der Slowakei eine energische Fortführung der Maßnahmen erfordern, die die tief verwurzelten Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt beseitigen sollen. Der projizierte rasche Inflationsrückgang nach 2004, wenn die Anpassungen der administrierten Preise und die Anhebungen der indirekten Steuern auslaufen, ist erreichbar, sofern Zweit-rundeneffekte rigoros eingedämmt werden. Insbesondere sollte sich die Lohnentwicklung, unter anderem im öffentlichen Sektor, nicht an der früheren Inflationsentwicklung orientieren.

(<sup>1</sup>) ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, finden sich auf folgender Website:  
[http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

Das Programm sieht vor, dass das gesamtstaatliche Defizit 2007 auf den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt wird und anschließend weiter zurückgeht. Da von einem sehr robusten Wachstum der slowakischen Wirtschaft ausgegangen wird, muten Umfang und Pfad der Defizitrückführung vielleicht nicht sehr ehrgeizig an. Es müssen jedoch insbesondere folgende Faktoren berücksichtigt werden: die geplante Senkung der Primärausgaben, die mit der Rentenreform verbundenen Einnahmeneinbußen und die im Jahr 2003 erreichte, teilweise einmalige Anpassung. Der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs scheint ausreichend, um das Defizit bis zum Ende des Programmzeitraums auf die Defizitmarke von 3 % des BIP zu senken. Die Risiken für die Haushaltsprojektionen scheinen sich über den gesamten Programmzeitraum hinweg in etwa auszugleichen. Im Jahr 2004, in dem mit einem leichten Anstieg des Defizits gerechnet wird, weisen die Risiken leicht aufwärts. Die Abwärtsrisiken scheinen sich auf die Ausgabenseite zu konzentrieren und bestehen vor allem in einem Aufschub der geplanten weiteren Gesundheitsreformen und dem Ausbleiben einer weiteren Rationalisierung des öffentlichen Sektors.

Die Erreichung der Defizit-Ziele wird davon abhängen, ob die Regierung die Primärausgaben zu kontrollieren versteht, was durch bindende mittelfristige Ausgabenbegrenzungen erleichtert würde. Sollten die durchgeführten Strukturreformen zu einem stärkeren als dem im Konvergenzprogramm vom Mai 2004 projizierten Wachstum führen, sollte diese Gelegenheit zur Beschleunigung der Finanzanpassung genutzt werden, insbesondere indem budgetäre Mehrnahmen vorrangig für den Defizitabbau verwendet werden. Dadurch würde nicht nur die Wahrscheinlichkeit steigen, dass das Defizit möglichst bald, spätestens jedoch im Jahr 2007, unter 3 % des BIP liegt, sondern es würde auch der Weg zur Erreichung des zweiten zentralen finanzpolitischen Ziels des Programms geebnet, d. h. zur Erreichung einer in etwa ausgeglichenen oder durch einen Überschuss gekennzeichneten strukturellen Haushaltsposition bereits vor dem im Programm anvisierten Jahr 2010 und zur Herstellung einer ausreichenden Sicherheitsmarge, um eine Überschreitung des im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwerts von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen zu vermeiden. Dies würde auch eine bessere Grundlage bieten, auf möglicherweise rasant zunehmende Kapitalzuflüsse zu reagieren.

Die Schuldenquote soll dem Programm zufolge von 2003 bis 2005 um 2 ½ Prozentpunkte auf 46,4 % steigen und dann wieder auf 45,5 % im Jahr 2007 sinken. Die Slowakei scheint vergleichsweise gut in der Lage, die budgetären Kosten einer alternden Bevölkerung zu schultern. Die langfristige Tragfähigkeit hängt von der strikten Einhaltung der finanzpolitischen Konsolidierungsziele und der vollständigen Umsetzung der geplanten Politiken ab. Insbesondere bei den Geburtenraten könnten die den entsprechenden Programmprojektionen zugrunde liegenden Annahmen etwas zu optimistisch sein. Die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit bestehen hauptsächlich darin, dass Reformen gar nicht oder verspätet umgesetzt bzw. bereits durchgeführte Reformen rückgängig gemacht werden.

Am 5. Juli 2004 hat der Rat auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104 Absatz 6 des EG-Vertrags entschieden, dass in der Slowakei ein übermäßiges Defizit besteht, und gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen an die Slowakei mit dem Ziel gerichtet, dieser Lage abzuhelpfen, wobei er der Slowakei ein bestimmtes Vorgehen für ihre weitere Politik anriet.

#### Wichtigste Projektionen aus dem slowakischen Konvergenzprogramm

	2003	2004	2005	2006	2007
Reales BIP-Wachstum (%)	4,2	4,1	4,3	5,0	4,7
Beschäftigungswachstum (%)	1,8	0,5	0,6	0,6	0,9
HVPI-Inflation (%)	8,5	8,1	4,0	2,9	2,5
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo (% des BIP)	- 3,6	- 4,0	- 3,9	- 3,9	- 3,0
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	42,8	45,1	46,4	46,1	45,5

**HINWEIS**

(2004/C 320/11)

Die im Amtsblatt C 311 vom 16. Dezember 2004 veröffentlichte Mitteilung „Kuba — Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur 14. Bewertung des Gemeinsamen Standpunkts“ ist als nichtig anzusehen.

---

## KOMMISSION

**Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>****23. Dezember 2004**

(2004/C 320/12)

**1 Euro =**

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,3456	LVL	Lettischer Lat	0,6916
JPY	Japanischer Yen	139,88	MTL	Maltesische Lira	0,4332
DKK	Dänische Krone	7,4376	PLN	Polnischer Zloty	4,0720
GBP	Pfund Sterling	0,70130	ROL	Rumänischer Leu	38 160
SEK	Schwedische Krone	9,0275	SIT	Slowenischer Tolar	239,79
CHF	Schweizer Franken	1,5443	SKK	Slowakische Krone	38,810
ISK	Isländische Krone	83,82	TRL	Türkische Lira	1 856 190
NOK	Norwegische Krone	8,2825	AUD	Australischer Dollar	1,7580
BGN	Bulgarischer Lew	1,9559	CAD	Kanadischer Dollar	1,6656
CYP	Zypern-Pfund	0,5789	HKD	Hongkong-Dollar	10,4706
CZK	Tschechische Krone	30,600	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8870
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	2,2048
HUF	Ungarischer Forint	245,88	KRW	Südkoreanischer Won	1 413,62
LTL	Litauischer Litas	3,4528	ZAR	Südafrikanischer Rand	7,6000

(<sup>1</sup>) Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

**Auszug aus Entscheidungen der Gemeinschaft über die Zulassung von Arzneimitteln vom  
15. November 2004 bis 15. Dezember 2004**

(Veröffentlichung gemäß Artikel 12 bzw. Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates <sup>(1)</sup>)

(2004/C 320/13)

— Erteilung einer Zulassung (Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93): Annahme

Datum der Entscheidung	Bezeichnung des Arzneimittels	Zulassungsinhaber	Registriernummer im Gemeinschaftsverzeichnis	Datum der Mitteilung
16.11.2004	Xagrid	Shire Pharmaceutical Contracts Ltd, Hampshire International Business Park, Chineham, Basingstoke, Hampshire RG24 8EP, United Kingdom	EU/1/04/295/001	18.11.2004

— Änderung einer Zulassung (Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93): Annahme

Datum der Entscheidung	Bezeichnung des Arzneimittels	Zulassungsinhaber	Registriernummer im Gemeinschaftsverzeichnis	Datum der Mitteilung
16.11.2004	Tamiflu	Roche Registration Limited, 40 Broadwater Road, Welwyn Garden City, Hertfordshire, AL7 3AY, United Kingdom	EU/1/02/222/001	18.11.2004
17.11.2004	Trizivir	Glaxo Group Ltd, Greenford, Middlesex, UB6 0NN, United Kingdom	EU/1/00/156/001-003	19.11.2004
17.11.2004	Targretin	Ligand Pharmaceuticals UK Ltd, Innovis House, 108 High Street, Crawley, West Sussex, RH10 1BB, United Kingdom	EU/1/01/178/001	19.11.2004
25.11.2004	Bextra	Pharmacia-Pfizer EEIG, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/1/02/239/001-024	29.11.2004
25.11.2004	ReFacto	Wyeth Europa Ltd, Huntercombe Lane South, Taplow, Maidenhead, Berkshire, SL6 0PH, United Kingdom	EU/1/99/103/001-004	29.11.2004
30.11.2004	Xigris	Eli Lilly Nederland BV, Grootslag 1-5, 3991 RA Houten, Nederland	EU/1/02/225/001-002	2.12.2004
30.11.2004	Tracleer	Actelion Registration Ltd, BSI Building, 13th Floor, 389 Chiswick High Road, London W4 4AL, United Kingdom	EU/1/02/220/001-005	2.12.2004
30.11.2004	Cialis	Lilly ICOS Limited, St Bride's House, 10 Salisbury Square, London, EC4Y 8EH, United Kingdom	EU/1/02/237/001 EU/1/02/237/005	2.12.2004
1.12.2004	Micardis	Boehringer Ingelheim International GmbH, Binger Strasse 173, D-55216 Ingelheim am Rhein	EU/1/98/090/001-014	3.12.2004

(<sup>1</sup>) ABl. L 214 vom 24.8.1993, S. 1.

Datum der Entscheidung	Bezeichnung des Arzneimittels	Zulassungsinhaber	Registriernummer im Gemeinschaftsverzeichnis	Datum der Mitteilung
6.12.2004	Integrilin	Glaxo Group Ltd, Berkeley Avenue, Greenford, Middlesex, UB6 0NN, United Kingdom Schering Plough Europe, Rue de Stalle 73, B-1180 Bruxelles, Stallestraat 73, B-1180 Brussel	EU/1/99/109/001-002	8.12.2004
6.12.2004	Epivir	Glaxo Group Ltd, Greenford Road, Greenford, Middlesex, UB6 0NN, United Kingdom	EU/1/96/015/001-005	8.12.2004
6.12.2004	Dynastat	Pharmacia Europe EEIG, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/1/02/209/001-008	8.12.2004
6.12.2004	Sustiva	Bristol-Myers Squibb Pharma EEIG, 141-149 Staines Road, Hounslow, TW3 3JA, United Kingdom	EU/1/99/110/001-009	8.12.2004
6.12.2004	NutropinAq	IPSEN Limited, 190 Bath Road, Slough, Berkshire, SL1 3XE, United Kingdom	EU/1/00/164/001-005	8.12.2004
6.12.2004	Strocrin	Merck Sharp & Dohme Ltd, Hertford Road, Hoddesdon, Hertfordshire, EN11 9BU, United Kingdom	EU/1/99/111/001-009	8.12.2004
6.12.2004	Dynastat	Pharmacia Europe EEIG, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/1/02/209/001-008	8.12.2004
6.12.2004	Panretin	Ligand Pharmaceuticals UK Ltd, Innovis House, 108 High Street, Crawley, West Sussex, RH10 1BB, United Kingdom	EU/1/00/149/001	8.12.2004
6.12.2004	Arava	Aventis Pharma Deutschland GmbH, D-65926 Frankfurt am Main	EU/1/99/118/001-010	8.12.2004
6.12.2004	Viread	Gilead Sciences International Limited, Cambridge, CB1 6GT United Kingdom	EU/1/01/200/001	8.12.2004
6.12.2004	Rayzon	Pharmacia Europe EEIG, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/1/02/210/001-008	8.12.2004
6.12.2004	Rayzon 6m	Pharmacia Europe EEIG, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/1/02/210/001-008	8.12.2004
7.12.2004	Kinzalmono	Bayer AG, D-51368 Leverkusen	EU/1/98/091/001-014	9.12.2004
7.12.2004	Micardis	Boehringer Ingelheim International GmbH, Binger Strasse 173, D-55216 Ingelheim am Rhein	EU/1/98/090/001-014	10.12.2004
7.12.2004	Pritor	Glaxo Group Ltd, Greenford, Middlesex, UB6 0NN, United Kingdom	EU/1/98/089/001-016	9.12.2004

## — Rücknahme einer Zulassung (Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93)

Datum der Entscheidung	Bezeichnung des Arzneimittels	Zulassungsinhaber	Registriernummer im Gemeinschaftsverzeichnis	Datum der Mitteilung
8.12.2004	Venvia	SmithKline Beecham plc, New Horizons Court, Brentford, Middlesex, United Kingdom TW8 9EP	EU/1/00/138/001-012	10.12.2004
7.12.2004	Nyracta	SmithKline Beecham plc, New Horizons Court, Brentford, Middlesex, United Kingdom TW8 9EP	EU/1/00/139/001-012	9.12.2004

## — Änderung einer Zulassung (Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 2309/93): Annahme

Datum der Entscheidung	Bezeichnung des Arzneimittels	Zulassungsinhaber	Registriernummer im Gemeinschaftsverzeichnis	Datum der Mitteilung
25.11.2004	Nobivac Bb	Intervet International BV, Wim de Körperstraat 35, 5831 AN Boxmeer, Nederland	EU/2/02/034/001	29.11.2004
25.11.2004	Halocur	Intervet International BV, Wim de Körperstraat 35, 5831 AN Boxmeer, Nederland	EU/2/99/013/001-002	29.11.2004
7.12.2004	Stronghold	Pfizer Ltd, Ramsgate Road, Sandwich, Kent, CT13 9NJ, United Kingdom	EU/2/99/014/001-012	10.12.2004
7.12.2004	Oxyglobin	Biopure Netherlands BV, Prinses Irenestraat 59, 1077 WV Amsterdam, Nederland	EU/2/99/015/001	9.12.2004

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**  
**(Sache COMP/M.3519 — Electra/ThyssenKrupp Fahrzeugguss)**  
**Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall**

(2004/C 320/14)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 16. Dezember 2004 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 [und infolge einer Verweisung nach Artikel 4(5)] der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(1)</sup> bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Electra European Fund LP (Guernsey) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung die Kontrolle über ThyssenKrupp Rautenbach Catings GmbH und ThyssenKrupp Aluminium-Technik, mit Ausnahme der spanischen Tochtergesellschaft ThyssenKrupp Guss S.A., zusammen ThyssenKrupp Fahrzeugguss business Group („TKFG“, Deutschland), derzeit zu ThyssenKrupp Automotive AG Group gehörend, durch Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Elektra: Vermögensverwaltung;

— TKFG: Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Leichtmetall-Gußelementen für Automobile.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass die angemeldete Transaktion unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Gemäß der Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren zur Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse nach Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates <sup>(2)</sup> ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3519 — Electra/ThyssenKrupp Fahrzeugguss, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb  
Kanzlei Fusionskontrolle  
J-70  
B-1049 Bruxelles/Brussel.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

<sup>(2)</sup> Zu finden auf der Internetseite der Generaldirektion Wettbewerb:  
[http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/legislation/consultation/simplified\\_tru.pdf](http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/legislation/consultation/simplified_tru.pdf).

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**  
**(Sache COMP/M.3617 — BC PARTNERS/PICARD)**

(2004/C 320/15)

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

Am 25. November 2004 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor;
- in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32004M3617. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht. (<http://europa.eu.int/eur-lex/lex>)

---

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**  
**(Sache COMP/M.3606 — SIEMENS/BONUS ENERGY)**

(2004/C 320/16)

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

Am 29. November 2004 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor;
  - in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32004M3606. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht. (<http://europa.eu.int/eur-lex/lex>)
-

**Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**  
**(Sache COMP/M.3640 — BLACKSTONE/GERRESHEIMER)**

(2004/C 320/17)

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

Am 14. Dezember 2004 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor;
  - in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32004M3640. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht. (<http://europa.eu.int/eur-lex/lex>)
-

**Mitteilung gemäß Artikel 12 Absatz 5 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 der Kommission vom 12. Oktober 1992 betreffend die Angaben der Zollbehörden der Mitgliedstaaten über die Einreihung von Waren in die zolltarifliche Nomenklatur**

(2004/C 320/18)

Eine verbindliche Zolltarifauskunft wird mit dem heutigen Tage ungültig, sobald sie aufgrund folgender internationaler zolltariflicher Maßnahmen nicht mehr mit der Auslegung der zolltariflichen Nomenklatur übereinstimmt:

Änderungen der Erläuterungen zum Harmonisierten System und der Sammlung der Tarif-Avisen, genehmigt durch den Rat für die Zusammenarbeit im Zollwesen (CCC-Dok. NC0730 — Protokoll der 31. Sitzung des HS-Ausschusses, NC0796 — Protokoll der 32. Sitzung des HS-Ausschusses, NC0845 — Protokoll der 33. Sitzung des HS-Ausschusses):

**ÄNDERUNGEN DER ERLÄUTERUNGEN GEMÄSS ARTIKEL 8 VERFAHREN DES HS-ÜBEREINKOMMENS UND EINREIHUNGSENTSCHEIDUNGEN, HERAUSGEGEBEN VOM HS-AUSSCHUSS DER WELTZOLL-ORGANISATION**

31. SITZUNG DES HS-AUSSCHUSSES IM MAI 2003 DOK. NC0730

Änderungen der Erläuterungen zur Nomenklatur im Anhang zum HS-Übereinkommen

Kapitel 29. Unterkapitel X. Allgemeines	M/3
---	-----

32. SITZUNG DES HS-AUSSCHUSSES IM NOVEMBER 2003 DOK. NC0796

Änderungen der Erläuterungen zur Nomenklatur im Anhang zum HS-Übereinkommen

85.12	L/18
85.24	L/20

33. SITZUNG DES HS-AUSSCHUSSES IM MAI 2004 DOK. NC0845

Änderungen der Erläuterungen zur Nomenklatur im Anhang zum HS-Übereinkommen

25.20	M/17
26.21	M/14
29.29	M/3
29.35	M/9
34.07	M/17
Kapitel 39 Allgemeines	M/19
39.09	M/3
39.11	M/3
40.08	M/19
Kapitel 44	M/10
71.02	M/12
71.03	M/12
71.04	M/12
Kapitel 84. Allgemeines	M/11
84.30 Erläuterungen zu den Unterpositionen	M/11
84.42	M/13
Kapitel 85. Allgemeines. Punkt B)	M/15
85.16	M/11
85.17	M/11
85.19	M/11

Vom HS-Ausschuss gebilligte Einreihungsentscheidungen

0402.99/1	M/4
1701.91/1	M/5
1901.90/2	M/6
8471.30/1	M/7
9504.10/1	M/8

Informationen über diese Maßnahmen sind erhältlich bei der Generaldirektion Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission (rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel) oder können von der Webseite dieser Generaldirektion heruntergeladen werden:

[http://europa.eu.int/comm/taxation\\_customs/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/index_en.htm).

---

## BERICHTIGUNGEN

**Berichtigung der Aufforderung zur Bewerbung als unabhängige Sachverständige für das Programm eTEN (2005-2006)**

(Amtsblatt der Europäischen Union C 283 vom 20. November 2004)

(2004/C 320/19)

Seite 10. Der Text erhält folgende Fassung:

**„BESCHREIBUNG**

Die Kommission ersucht um Bewerbungen von Einzelpersonen, die die Durchführung von Aufgaben im Rahmen des Programms eTEN sachverständig unterstützen möchten. eTEN ist das Programm, mit dem die Europäische Gemeinschaft den Aufbau transeuropäisch ausgerichteter und über Telekommunikationsnetze laufender elektronischer Dienste (E-Dienste) unterstützt. Nähere Einzelheiten zum Programm eTEN sind der eTEN-Website zu entnehmen:

<http://europa.eu.int/eten>

Bei den wahrzunehmenden Aufgaben handelt es sich um die Bewertung der Vorschläge, die auf entsprechende Aufforderungen eingegangen sind, und die Prüfung einzelner eTEN-Projekte. Diese fallen zwischen dem 1. Januar 2005 und den 30. Juni 2009 an.

**FRISTEN FÜR DIE EINREICHUNG VON BEWERBUNGEN**

Bewerbungen können von der Veröffentlichung der Aufforderung bis zum 31. Dezember 2006 eingereicht werden. Bewerber, die ab 1. Januar 2005 als Sachverständige an Maßnahmen des eTEN-Programms mitwirken möchten, sollten sich bis spätestens 15. Dezember 2004 bewerben.

**ZUSÄTZLICHE ANGABEN**

Bewerbungen müssen den Spezifikationen und Bedingungen entsprechen, die auf der Website der Kommission eingesehen werden können: <http://europa.eu.int/eten>. Sie sind auf Englisch, Französisch und Deutsch verfügbar.“

**Berichtigung der Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 90/396/EWG**

(Amtsblatt der Europäischen Union C 306 vom 10. Dezember 2004)

Seite 25:

Anstatt:

CEN	EN 298:1993 Feuerungsautomaten für Gasbrenner und Gasgeräte mit oder ohne Gebläse	EN 298:1993	30.9.2006
-----	--	-------------	-----------

muss es heißen:

CEN	EN 298:2003 Feuerungsautomaten für Gasbrenner und Gasgeräte mit oder ohne Gebläse	EN 298:1993	30.9.2006
-----	--	-------------	-----------